

SRF Audio

Radio SRF echo der Zeit mit Ivan Lieberherr.

Unsere Themen am Samstag, dem 16. September.

Höhere Löhne und Mietzinsdeckel, das fordern die Gewerkschaften,
um die Kaufkraft zu erhalten, an einer Kundgebung in Bern.

Marokko, nach dem Erdbeben, der König,
glänzt in den ersten Tagen durch Abwesenheit.

Das ist ein König, der sich eigentlich nur zu offiziellen Anlässen
an sein Volk wendet, mitreden.

Vor allem aber ist er sehr selten im Land.

Und nach dem Erdbeben muss er ja auch zuerst aus Paris eingeflogen werden.

Dann sagt die Maghreb-Expertin im Echo-Gespräch.

Wir fragen nach dem Rückhalt des Königs im Volk
und den politischen Folgen des Bebens.

Italien vor den Europawahlen.

Salvini's Lega will Melonis Fratelli nicht auch noch in der EU
den Vortritt lassen.

Schließlich nehmen wir sie mit auf die thailändische Insel Phuket.

Immer mehr Russinnen und Russen machen dort Ferien.

Immer mehr russisches Geld fließt dorthin.

Das macht nicht allen Freude.

Zuerst die Nachrichten mit Michael Wieland.

Diese Woche ist eine Studie über sexuelle Missbräuche
in der römisch-katholischen Kirche erschienen.

Nun fordert der Chura-Bischof Josef Bonma einen Wandel.

Die katholische Kirche müsse sich grundsätzlich erneuern,
sagte Bischof Josef Bonma

in der Samstagsrundschau von Radio SRF.

Die Universität Zürich zeigt mehr als 1000 Fälle auf,
in denen Württenträger der katholischen Kirche in der Schweiz
andere Menschen sexuell missbraucht haben.

Und sie sagt, die Kirche habe während Jahrzehnten
Täter gedeckt und Taten vertuscht.

Alles, was nur eine Struktur ist, kann und muss sich verändern.

Und wir müssen alle Maßnahmen treffen,
damit solche Missbräuche nicht mehr geschehen.

Bonma zeigt sich beispielsweise offen
über den Zölibat zu diskutieren.

Vorpreschen wolle er aber nicht.

Der richtige Weg in dieser Frage und vielen anderen Fragen
ist, Gründe zu liefern, motivieren, überzeugen,
aber nicht ungekorschern zu leisten.

In der Hoffnung, das bricht eine Veränderung.

sagte der Chura-Bischof Josef Bonma in der Samstagsrundschau.

Energieminister Albert Rösti will zurzeit nicht über den Bau von neuen Atomkraftwerken diskutieren. Das sagte er in einem Interview mit der neuen Zürcherzeitung. Rösti will die erneuerbaren Energien ausbauen. Drohende Mangellagen im Winter könnten derzeit nur mit Wind, Sonne oder Wasser vermieden werden. Der Bundesrat äußerte sich im Interview auch zu einem allfälligen Stromabkommen mit der EU. Ein solches brauche es, Zitat, nicht um jeden Preis. Denn es wäre laut Rösti zwar ein Beitrag zur sicheren Stromversorgung, aber keine Garantie in Krisenzeiten. In Afghanistan sind 18 Mitarbeitende einer Schweizer Hilfsorganisation festgenommen worden. Es sei unklar weshalb, teilte die christliche Organisation International Assistance Mission mit. Sie hat ihren Sitz in Genf und ist seit 1966 in Afghanistan tätig. Bei den Festgenommenen handelt es sich um 17 afghanische Staatsangehörige und eine Person aus dem internationalen Team. Ein Sprecher des Gouverneurs der zuständigen Provinz sagte zur Nachrichtenagentur AFP, die festgenommenen hätten missioniert. Die Gruppe sei schon seit einiger Zeit beobachtet worden. Nach den verheerenden Überschwemmungen ist in Libyen Hilfe eingetroffen. 29 Tonnen medizinische Hilfsgüter seien in der Hafenstadt Bengasi angekommen, teilt die Weltgesundheitsorganisation mit. Darunter seien lebenswichtige Medikamente für chronische und übertragbare Krankheiten, so wie Material für Notoperationen. Am vergangenen Wochenende hatte ein Sturm in Libyen große Schäden angerichtet. Mehrere Tausend Menschen kamen ums Leben. Tausende werden noch vermisst. Zum ersten Mal sollen zwei ausländische Frachtschiffe wieder einen ukrainischen Hafen auslaufen. Nach dem Russland das Getreideabkommen für das Jahrzehntag, hat sie sich seit einigen Monaten nicht verlängert. Die Redreien der beiden Schiffe hätten ihre entsprechende Bereitschaft bekundet, teilt der ukrainische Vizeregierungschef mit.

Im Hafen von Czornomorsk am Schwarzen Meer
sollen die beiden Schiffe rund 20.000 Tonnen Weizen
für afrikanische und asiatische Länder laden.
Beide Schiffe waren laut dem Vizeregierungschef
unter der Flagge des Spazifikstaats Palau.
Heute Abend ist es zum Teil bewölkt,
stellenweise ist etwas regenmöglich,
vor allem im Süden und Westen.
Morgen ist es im Norden dann trotz vieler Schleierwolken
rechtssonnig und die Temperaturen steigen auf rund 28 Grad.
Auch im Süden wird es tagsüber sonniger,
bei rund 24 Grad.
Vieles wird teurer in der Schweiz.
Die Löhne können da nicht mithalten.
Die Teuerung, Frist, Lohnerhöhungen
werden meist gleich wieder weg.
Die Folge, die Kaufkraft nimmt ab.
Viele Menschen haben immer weniger Geld zur Verfügung,
sei es für alltägliche Ausgaben, für Restaurantbesuche,
für Ferien oder größere Anschaffungen.
Gegen den Kaufkraftverlust haben heute mehrere Tausend
Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Bern demonstriert.
Sie forderten unter anderem mehr Lohn,
höhere Beiträge an die Krankenkassenprämien
und einen Mietzinsdeckel.
Bürgerliche Politikerinnen und Politiker haben andere Pläne,
um die Kaufkraft zu erhalten.
In Landredaktor Tobias Gasser berichtet.
Wenn es trillert und pfeift, dann ist der Lohnherbst nicht mehr weit.
Aber diesen Herbst sind ein paar Dinge anders.
Die Teuerung ist real, sie ist in den Portemonnaies angekommen.
Fürs gleiche Geld gibt es weniger
oder fürs gleiche muss mehr bezahlt werden.
Die Verkäuferin weiss das,
die deswegen an die Demo angereist ist.
Wir merken, dass die Leute zweimal überlegen,
was sie ausgeben, seit Geld nicht mehr haben.
Das spürt man wahnsinnig.
Der Elektriker aus der Ostschweiz weiss, sein Strom wird teurer.
Vor allem jetzt die Energiekosten.
Da ist es da, wo jetzt recht oben ist.
Wir sind recht am Sparernetz.
Der Tramschoffee aus Zürich, Vater von drei Kindern,
zählt auf, wo er sparen will.

Ferien, Auto, was sonst noch?
Vielleicht jede Woche ins Rest, das verzichten wir natürlich.
Die Pflegefachfrau aus Montreu
möchte mehr Salä und mehr Wertschätzung.
Ich finde, dass sowieso in der Pflege viel zu wenig Lohn bezahlt wird.
Für das, was die Leute schaffen, wird nicht anerkannt.
Und diese Verkäuferin schaut auf jeden Rappen.
Ihr ausbezahlter Lohn beträgt 2'900 Franken bei 80 %.
Ich kann nicht auswärts essen, ich kann nicht in die Pflege,
ich kann gar nichts.
Ich kann nicht einfach Ausflug machen.
Das muss ich mir schon teilen.
Manja Lever gehört zu den Mitorganisatorinnen der Kundgebung.
Sie ist Präsident in der Gewerkschaft Unia.
Der Wirtschaft geht es gut.
Die Arbeitnehmenden haben es erwirtschaftet.
Die Löhne in den letzten drei Jahren ist bei den Top-Verdienen
hochgegangen.
Bei allen anderen, bei 90 % der Arbeitnehmenden
hat es einen Reallohnverlust gegeben.
Das ist nicht haltbar.
Es braucht jetzt generelle Lohnerhöhungen.
5 % mehr sollten alle bekommen, fordert Lever.
Daneben müssten die Premienvverbildungen ausgebaut werden,
der Mieterschutz verbessert werden.
Die Mieterschutzverlust in den vergangenen Jahren
hat sich in den vergangenen Jahren geholfen.
Auch AHV-Renten sollten rauf,
z.B. mit einer 13. AHV-Auszahlung.
Ein Bündel an Forderungen,
die im Bundeshaus auf der bürgerlichen Seite auf wenig Sympathie stoßen.
Vom Gießkannenprinzip ist die Rede.
Die bürgerlichen sagen,
den sozial schwachen werde bereits geholfen.
Was wir von der Mitte her machen,
sind Weichenstellungen im Bereich der Gesundheitskosten,
die wir mit der Initiative versuchen, zu lancieren.
Wir engagieren uns für mehr Autonomie der Schweizer Wirtschaft,
weniger Abhängigkeit vom Import,
sei es bei der Energie, sei es bei Zulieferen.
Das seien längerfristige Maßnahmen,
die halt nicht so schnell Importmonie zu spüren seien.
Daniela Schneeberger von der FDP möchte beim Staat ansetzen.
Wir müssen dafür sorgen,

dass unsere Wirtschaft, also unseren KMU,
diese Rahmenbedingungen verbessert werden.
Das heisst, nicht immer mehr Abgaben, nicht immer mehr Steuern.
Haben die Firmen mehr Geld in der Kasse,
dann können sie auch höhere Löhne zahlen.
Das sind die bürgerlichen Rezepte gegen das teurer Werten der Leben.
Was gegen die steigenden Lebenshaltungskosten getan werden muss,
die Rezepte könnten links und rechts unterschiedlicher nicht sein.
Hier an der Gewerkschaftskontgebung will man v.a. 1,5 % mehr lohnen.
Das ist das Echo der Zeit von Radio SRF.
Bei uns geht es weiter mit dem marokanischen König,
der sich nach der Erdbebenkatastrophe raubmachte.
Mit der italienischen Rechtspartei Lega,
die sich bereits für die Europawahlen im nächsten Jahr in Position bringt.
Und mit russischen Touristinnen und Touristen,
die in Thailand nicht überall willkommen sind.
Eine Woche nach dem verheerenden Erdbeben in Marokko
warten viele Menschen noch immer auf Unterstützung
auf das nötigste Nahrungsmittelunterkünfte Medizin.
Zufahrtsstraßen zu entlegenen Dörfern im Atlasgebirge
sind teils noch verschüttet.
Hilfe kommt aus der Luft.
Die schlimmste Naturkatastrophe seit Jahrzehnten
hat zu einer großen Solidaritätswelle unter den Menschen geführt.
Die private Hilfe lief rasch an,
im Unterschied zur staatlichen Hilfe, die auf sich warten ließ.
Auch auf eine Reaktion des Staatsoberhauptes
musste die verzweifelte Bevölkerung lange warten.
Erst am Dienstag besuchte König Mohammed VI.
verletzte in einem Spital in Marrakesch.
Weshalb ließ die Reaktion des Königs so lange auf sich warten?
Das fragte ich die Nordafrika-Expertin Isabel Wehrenfels
von der Deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik.
Das ist ein König, der sich eigentlich nur zu offiziellen Anlässen
an seinen Volk wendet, mit Reden.
Er ist kein guter Redner.
Er ist eher der Typ, der sich bei einem Ausflug
irgendwo in Marokko dann mit ein paar Bürgern ablichten lässt.
Vor allem aber ist er sehr selten im Land.
Letztes Jahr war er monatelang in Gaboun.
Er ist oft in Paris, wo er ein Schloss und ein Stadtpalast besitzt.
Und nach dem Erdbeben musste er ja auch zuerst aus Paris eingeflogen werden.
Also, wenn die marokkanische Twitter-Szene das richtig berichtete,
dann waren es ungefähr 19 Stunden, bis er wieder da war.

Wie beurteilen Sie die Reaktion des marokkanischen Staatsapparats generell, also Regierung und Armee?
Das Problem ist natürlich, dass sich in Marokko in der Regel niemand bewegt bis Signale des Königs kommen.
Also, der Regierungschef hat sich auch nicht ans Volk gewendet gehabt.
Es zirkulierten dann Fotos des israelischen Botschafters, der alles andere als beliebt ist, aber der da in Marrakesch herumspazierte in den Trümmern.
Und es hieß, er ist da vor unseren Ministern.
Und was nun die Hilfe zum Beispiel durch die Verwaltung und Armee betrifft, zirkulieren wirklich sehr unterschiedliche Einschätzungen von sehr gut bis sehr problematisch.
Man muss sehen, es ist ein schwieriges, bergiges Gebiet. Scheint jetzt auch relativ gut zu funktionieren.
Aber es gibt so wahnsinnig viele Gerüchte, dass die offizielle Nachrichten-Agentur MAP eine Spalte Fake-News eingerichtet hat, in der Gerüchte zum Erdbeben widerlegt werden.
Und ich denke sicherlich auch, die Regierung ein bisschen besser dastehen soll.
Marokko bemüht sich ja die Katastrophe weitgehend mit eigenen Mitteln zu bewältigen.
Nur wenige Hilfsangebote aus dem Ausland wurden angenommen. Hilfe der früheren Kolonialmacht Frankreich wurde sogar abgelehnt, wohl weil Frankreich im Streit um die West-Sahara nicht hinter den marokkanischen Gebietsanspruch steht.
Wird da in einer Notsituation Politik gemacht auf Kosten der Bevölkerung?
Ich würde sagen, ja.
Offiziell heißt es, es sei bei zu vielen Akteuren schwierig die Hilfe zu koordinieren.
Ich halte das für vorgeschoben.
Ich glaube, es ist eine strategische aus dem politischen Entscheidungen, wer eingeladen wird, Hilfe zu leisten.
Und hier spielt die West-Sahara eine wichtige Rolle.
Sicherlich auch die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber einem gewissen Staat.
Zu Frankreich sind die Beziehungen relativ angespannt.
Seit einiger Zeit spielt die West-Sahara eine Rolle.
Auch der Besuch Macron in Algerien wurde nicht so gern gesehen.
Aber wenn man jetzt schaut, wer eingeladen wurde, dann sieht man wirklich eine Logik.
Also die Spanier, da ist natürlich geografische Nähe da, aber die Spanier sind in der West-Sahara-Position eingeschwenkt, weitgehend auf die marokkanische Linie.
Jetzt wird gerade eine neue Regierung gebildet und ich denke, da will Marokko ein klares, positives Signal senden.

Dann bei Katar und den Emiraten, die auch offiziell zu den vier Eingeladenen gehörten, kann man sagen, dass sie sehr viel investieren.
Und Katar ist bei der Bevölkerung beliebt, insbesondere bei den Islamisten, die man ja auch bei Laune halten will.
Die Emirate finanzieren viel im Sicherheitssektor.
Und Großbritannien hat sich, zwar der malokanischen Position in der West-Sahara nicht ganz angeehrt, aber zeigt sich flexibler als andere in Europa, die USA dagegen.
Die ja in der West-Sahara-Frage unter Trump eingeschwenkt sind auf die marokkanische Linie. Die sind nicht eingeladen worden, aber das kann man auch wieder erklären, dadurch, dass sie kürzlich großen Druck ausgeübt haben auf Marokko, dass die sich bereit erklärt haben, den Vermittler der Vereinten Nationen in die von Marokko beanspruchten besetzten Gebiete reisen zu lassen.
Marokko's König Mohammed VI.
Er ist ja nicht nur Staatsoberhaupt, sondern auch Oberster spiritueller Führer. Nimmt sein Rückhalt in der Bevölkerung nun Schaden?
Man muss da wissen, es gibt keine Umfragen zum König.
Also die Popularität des Königs ist ein absolutes Tabu.
Es gab 2009 eine Umfrage zu zehn Jahren Herrschaftsbilanz. 91 Prozent äußerten sich positiv, aber es wurden sämtliche Zeitungen beschlagnahmt. Und es wurde gesagt, es sei inakzeptabel, das zu fragen.
Seither gab es Ereignisse, die den König geschwächt haben. 2013 hat er einen spanischen Pädophilm begnadet. Da standen wirklich Tausende auf der Straße.
Es gab einen Aufschrei, er musste zurücknehmen, aber er konnte es auf den Justizminister schieben. Und genau das passiert fast immer.
Der König kann andere verantwortlich machen.
Es gibt nur wenige strategische Fragen, in denen er sich direkt involviert. Und das ist eben die Vesta Jara.
Und man muss sehen, dass der König zum Beispiel nach Aufständen, die es vor einigen Jahren gab in der Riefgebung im Norden Marokkus, ein riesiges Entwicklungsprogramm aufgelegt hat, eben auch um sich beliebt zu machen.
Letztlich gibt es in Marokko das Versprechen eines sich modernisierenden Entwicklungsstaates. Also es gibt Tischeves, es gibt neue Straßenbahnen, es gibt eine Oper, die von Sahar Hadid gebaut wurde, dieser weltberühmten Architektin.
Und ich glaube, das Vorbild sind hier die asiatischen Entwicklungsdiktaturen, weil parallel dazu ist die Meinungsfreiheit zurückgegangen.
Und die Frage, die sich hier einfach stellen wird, ist, ob Marokko der Staat der Bevölkerung genug liefern kann, dass sie schweigt. Nämlich an Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit und einfach wirtschaftliche und andere Chancen bieten.

Und das zeigt sich natürlich dann auch noch mal in Naturkatastrophen, was der Staat bieten kann.

Deswegen ist die Reaktion jetzt essentiell wichtig und die Wahrnehmung in der Bevölkerung.

Und kann Marokko der Staat der König genug liefern für die Bevölkerung?

Also man muss sagen, dass die marokkanische Wirtschaft letztlich die solideste ist in Nordafrika.

Sie hat 3% Wachstum gehabt, 20, 24.

Aber Corona hat Marokko stark zurückgeworfen.

Vorher war es gerade auf dem afrikanischen Kontinent extrem erfolgreich, Banken, Versicherungen, alles Mögliche.

Es soll auch das erste Land werden,

Wasserstoff produziert und exportiert

und immer mehr europäische und chinesische Unternehmen investieren.

Aber die Wachstumsrate reicht eben nicht,

um zum Beispiel Vollbeschäftigung zu generieren.

Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ist sehr hoch.

Und wir sehen das ja auch an den hohen Zahlen

von Personen, die migrationswillig sind, auch in Marokko.

Also ich würde sagen, nein, der Staat kann nicht genug Output liefern.

Einschätzungen der Maghreb-Expertin Isabel Wehrenfels

von der Stiftung Wissenschaft und Politik,

diese bereit unter anderem die deutsche Regierung in außenpolitischen Fragen.

Nach Pontida, ein Ort in der Nähe von Bergamo,

Jahr für Jahr trifft sich dort die italienische Rechtspartei Lega unter Matteo Salvini, so auch morgen wieder.

Pontida, ein Ort der Selbstvergewisserung und Selbstbestätigung.

Im Mittelalter wurde dort der Lombardenbund gegründet gegen den deutschen Kaiser.

Pontida ist also quasi der Geburtsort einer unabhängigen Lombardei, die ja einst das Ziel der Lega war.

Für dieses Jahr hat sich Salvini etwas Besonderes einfallen lassen.

Er hat Marine Le Pen vom rechtsnationalen französischen Rassemblement national eingeladen.

Um zu verstehen, weshalb,

muss man bei der italienischen Regierung

Chefin Giorgia Miloni beginnen,

die Analyse von Italien-Korrespondent Peter Vögeli.

Giorgia Miloni hat einen Plan,

einen Plan für die Europawahlen 2024.

Sie will ihre Partei die Fratelli d'Italia

aus der Schmutzdecke herausholen

und als die starke Kraft der italienischen Rechten in der EU etablieren.
Denn das Gründungsmitglied Italien hat Gewicht in Brüssel unabhängig von allen Problemen.
Zurzeit sitzen die Fratelli zum Beispiel mit der polnischen Peace oder der spanischen Vox in einer Fraktion.
Doch Giorgia Miloni möchte langfristig mit der Fraktion der Europäischen Volkspartei mit einer CDU und CSU aus Deutschland, einer ÖVP aus Österreich, einen Partido popular aus Spanien zusammenarbeiten, also bei den etablierten rechten Parteien mitspielen.
Diese Rolle hat bislang die Forza Italia eingenommen.
Doch die Partei ist im Abstieg seit dem Tod ihres Gründers Silvio Berlusconi und Miloni möchte diese Wählerschaft für sich gewinnen.
Ihr Regierungspartner Matteo Salvini von der Lega fürchte deshalb eine Marginalisierung seiner Partei in Brüssel.
Seine Lega ist noch mehr in der Schmutzdecke als Milonis Fratelli.
Sie sitzt beispielsweise mit der deutschen AfD oder im Rassemblement National von Marine Le Pen in einer Fraktion.
Salvini fordert, alle Parteien rechts der Mitte sollten sich gegen die Linksparteien zu einer Mehrheit in Brüssel zusammenschließen.
Salvini will Milonis Fratelli d'Italia auf europäischer Ebene nicht den Vortritt lassen.
Er will Miloni bei ihrem Tanzschritt in die Mitte ein Bein stellen.
Deswegen hat er Marine Le Pen eingeladen.
Sie sorgt für enorme mediale Aufmerksamkeit.
Und er wiederum wird morgen in seiner Rede beim großen Lega-Treffen in Pontida die Flüchtlingskrise auf Lampedusa zum Anlass nehmen, Miloni zu attackieren.
Denn Italiens Regierungschefin ist mit ihrer Flüchtlingspolitik bis jetzt gescheitert.

Eine Eindämmung der Migration
war ein zentrales Wahlversprechen,
doch schon jetzt hat sich die Zahl
der Bootsflüchtlinge in Italien
im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verdoppelt.
Die politischen Wogen gehen hoch,
Regierungschefin Miloni
und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen
reisen morgen nach Lampedusa.
Pontida ist also Europawahlkampf
und damit auch nationaler Wahlkampf.
Denn in Italien ist immer ein ständiges Kräfteressen,
ein gegenseitiges Abchecken
aller politischen Kräfte im Gang.
Ständig steht die Frage im Raum,
ob ein Bruch, ob Neuwahlen und so weiter
opportun werden.
So weit ist es jetzt nicht.
Aber im Land des Fußballs
gilt auch in der Politik
die Abwandlung einer Fußballweisheit.
Nach der Wahl ist vor der Wahl.
Kommiferien auf einer griechischen Insel
oder an der französischen Mittelmeerküste
nicht mehr möglich
für die allermeisten Russinnen und Russen.
Eine Folge des russischen Angriffskriegs
auf die Ukraine.
Seit der Westen praktisch unerreichbar geworden ist,
weichen sie auf andere Destinationen aus.
Zum Beispiel auf Thailand,
besonders auf die beliebte Ferieninsel Phuket.
Doch die russischen Besucherinnen und Besucher
kommen nicht nur gut an,
bei anderen Touristen ebenso wenig,
wie bei den Einheimischen.
Die Reportage von Martin Aldrovandi.
Es ist früher Abend in der Touristenmeile
unweit des Karrenstrands auf der Insel Phuket.
Trotz des Regens finden sich erste Gäste ein
in den Bars und den Restaurants.
Neben Englisch und Chinesisch
fallen besonders die Beschriftungen
und Werbungen auf Russisch auf.

Kirillische Buchstaben sind omnipräsent.
Sie schwimme gerne, möge das Meer,
sagt diese Frau Mitte 40.
Sie kommt aus Sibirien, arbeitet dort als Lehrerin
und macht zusammen mit ihrer Mutter
zwei Wochen Ferien in Thailand.
Dass es heute fast den ganzen Tag regnet,
fände sie nicht so toll, sagt sie.
Trotzdem ist er das Klima angenehmer
als in ihrer Heimat Sibirien.
Die beiden Frauen sind nicht die einzigen Russinnen,
denen es hier gefällt.
Bis Ende Jahr werden 900.000 Russinnen und Russen
allein auf Phuket erwartet.
Sie sind inzwischen die größte Besuchergruppe auf der Insel.
Wir heißen in Phuket alle willkommen,
unabhängig von Konflikten,
sagt der langjährige Vorsitzende
und heutige Berater des Lokal- und Tourismusverbandes
mit Raktangam.
Wie wichtig Phuket für Russinnen und Russen geworden ist,
zeigt die Tatsache,
dass Russland im Juli ein Konsulat auf der Insel eröffnet hat.
Die Insel profitiere auch von den Direktflügen aus Russland,
sagt Tourismus-Experte Pumkit.
Angeflogen wird Phuket nämlich nicht nur aus der Hauptstadt Moskau,
sondern auch aus Städten wie Ekutsk,
Novosibirsk und Vladivostok.
Und?
Für Russen bleiben länger als gewöhnlich
nicht nur zwei Wochen,
sondern inzwischen auch einen Monat,
ja sogar sechs Monate.
Zu den Langzeitaufenthaltern gehört doch Alexei,
der in Wirklichkeit nicht so heißt.
Der 28-jährige sitzt in einem Café,
vor sich auf dem Tisch ein geöffneter Laptop.
Er arbeitet als Webdesigner
für seinen Arbeitgeber in Russland.
Es ist eine schlechte Situation.
Mein Bruder lebt in der Ukraine in Karkiv,
und ich komme aus St. Petersburg.
Als der Krieg begann, habe ich das Land verlassen.
Erst bin ich in die Türkei geflogen

und später weiter nach Thailand.
Seit fast eineinhalb Jahren sei er nicht mehr zu Hause gewesen.
Alexei hat auch nicht vor, nach Russland zurückzukehren.
Er fürchtet sich davor, in die Armee eingezogen zu werden.
Sie fragen nicht, ob du willst oder nicht,
sondern sie halten dich an, überprüfen die Dokumente
und schicken dich in die Ukraine.
Wer reisen kann, wer Geld auf dem Bankkonto hat
und wie ich aus der Ferne arbeiten kann,
der verlässt das Land.
In Phuket stoßen die russischen Gäste
nicht überall auf Gegenliebe.
Die thailändische Wirtin Koh etwa ist nicht glücklich.
Ihr thailändisches Restaurant
ist nicht nur ein
russisches Restaurant.
Ihr thailändisches Restaurant ist umgeben von russischen Geschäften.
Es fing an mit Schönheitsalongs
und jetzt betreiben sie weitere Geschäfte.
So wie Thais im Ausland, halt auch Thaisvertrauen,
kaufen die Russinnen und Russen in russischen Geschäften.
Bei Restaurants verstehe ich das ja noch einigermaßen,
aber inzwischen betreiben sie sogar eigene Motorradverleihfirmen.
Wegen des vielen russischen Geldes, das auf die Insel komme,
seien zudem die Preise gestiegen, klagt Wirtin Koh,
die ihren ganzen Namen nicht nennen will,
aus Angst vor ihren russischen Nachbarn.
Sie finde kaum noch Personal, sagt sie, die Löhne seien gestiegen,
weil die russischen Geschäftsleute viel mehr zu Zahlen bereit seien.
Profitiert da nicht die Tourismusindustrie auf der Insel?
Am Anfang war es gut, aber langfristig schadet es mehr.
Sie vertreiben die anderen Gäste,
und selbst die thailändischen Touristinnen und Touristen
beschweren sich, dass sie sich nicht mehr willkommen fühlen.
Vom gestiegenen russischen Interesse profitiert dagegen der Immobilienmarkt,
zum Beispiel die chinesische JWP Group,
die hier Hotels, Ferienwohnungen und Willen baut,
wie der chinesische Manager Heiko Thien erklärt.
Wegen dir, wie er es nennt, Situation in Russland.
Viele Leute, die nach Russland sind,
wollen sich hier niederlassen und kaufen Wohnungen,
aber auch Investoren, die gleich mehrere Immobilien auf einmal kaufen
und damit Geld verdienen wollen.
Vor Covid war man vor allem auf chinesische Kundinnen und Kunden ausgerichtet,

sagt Thien.

Inzwischen käme die Mehrheit der Käufer aber aus Russland.

Für sie beschäftigt das Unternehmen russischsprachige Kundenberaterinnen und Berater.

Vom Immobilienboom profitiert auch Igor Fabitnik.

Der russischstämmige Australier baut derzeit die Andaman Riviera,

eine exklusive Anlage,

wenige Gehminuten vom Sandstrand entfernt.

Er empfängt im Erdgeschoss vor einem Modell der Anlage.

Auch in Russland gibt es viele andere Anlagen,

die aus Russland verwendet werden.

In Russland gibt es auch viele andere Anlagen,

die aus Russland verwendet werden.

Auch Igor Fabitnik sagt, wegen der Situation in Russland

habe die Anzahl der russischen Kundinnen stark zugenommen.

Jetzt sind es noch sehr viele, aber das wird nicht immer so bleiben.

Wie Sie wissen, hatte Russland viel Geld, aber das wird bald zu Ende sein.

In ein, zwei Jahren wird der Anteil der russischen Kunden

wahrscheinlich wieder zurückgehen.

Fabitnik will sein Geschäft schon jetzt stärker

auf den europäischen Markt ausrichten.

Es wäre ein großer Fehler, sagt er,

wenn er sich allein auf den russischen Markt konzentrierte.

Noch läuft das Geschäft in Phuket

mit den russischen Kurz- und Langzeitbesuchern und Besucherinnen.

Unglar ist, wie lange noch.

Das war die Reportage von Martin Aldruvandi aus Thailand,

wo das viele russische Geld

und die vielen russischen Touristinnen und Touristen

nicht nur Freude bereiten.

Das war es für heute,

das Echo der Zeit vom Samstag,

dem 16. September,

mit Redaktionsschluss um 18.28 Uhr.

Verantwortlich für diese Ausgabe

Lukas Schneider für die Nachrichten Fabian Wütrich

und am Mikrofon war Ivan Lieberherr.

Copyright WDR 2021